



Jörg Nobis zu den Jamaika-Plänen gegen gestiegene Wohnkosten:

„Jamaika will explodierenden Wohnkosten mit steigenden Ausgaben begegnen“

Kiel, 27. Februar 2019 Die Jamaika-Koalition beklagt, die Kosten für Wohnen seien „oft zu hoch“. Ein höheres Wohngeld, ein Zuschuss für Mieter oder Eigenheimbewohner mit geringem Einkommen, soll betroffene Haushalte entlasten. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Gestiegene Wohnkosten sind zu einem erheblichen Teil auf die explodierenden Kosten für Heizung und Strom zurückzuführen, die durch Umlagen und Abgaben für die Energiewende bereits zu einer ‚zweiten Miete‘ angewachsen sind. Diese Energiewende – bereits vom Bundesrechnungshof als wirtschaftliches Desaster gerügt – verteuert Strom für alle Bürger, wobei für jene, die das selbst nicht mehr bezahlen können, nach dem Willen von Jamaika künftig die Gemeinschaft einspringen soll.

Der Staat garantiert privatwirtschaftlichen Erzeugern somit nicht nur über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) produzierten Strom abzukaufen – Jamaika will die Erzeuger nun auch noch gegen kundenseitige Zahlungsausfälle absichern. Der Staat tritt quasi als Bürge auf, indem er dafür sorgt, dass die Rechnungen der Unternehmen in jedem Fall beglichen werden. Abgesehen davon, dass Jamaika hier völlig dem Staatsdirigismus verfällt, wird sich die Energiewende dadurch nur noch weiter verteuern. Die AfD-Fraktion fordert das Ende der Energiewende, damit Wohnen wieder bezahlbar wird.“

Weitere Informationen:

- **KN-Artikel „Jamaika strebt höheres Wohngeld an“** vom 27. Februar 2019:
<http://www.kn-online.de/Nachrichten/Politik/Kieler-Jamaika-Koalition-strebt-hoeheres-Wohngeld-in-Schleswig-Holstein-an>



- **Welt-Artikel „Rechnungshof wirft Regierung Versagen vor“** vom 28. September 2018:
<https://www.welt.de/wirtschaft/article181690102/Bundesrechnungshof-wirft-Regierung-Versagen-bei-Energiewende-vor.html>